

# Der Dexit – Deutschlands Ausstieg aus dem Euro

15. Oktober 2018 aikos2309



Warum der Ausstieg Deutschlands aus dem Euro zwar schwierig, aber dennoch machbar und notwendig ist.

Bisher wurden Bücher über den Euro geschrieben, die nachwiesen, warum er nicht funktionierte und nicht funktionieren kann: Geschichten, wie die Europa-Verträge gebrochen wurden, wie die EZB illegal Staaten finanzierte, wie die Einheitswährung mit immensen Summen gerettet werden musste, wie Deutschland den Zahlmeister spielte und wie die Sparer mittels Inflation und Nullzinsen schleichend enteignet werden. Alles eine notwendige Bilanz, die auch in diesem Buch gezogen wird.

Nur eine Frage wurde nie ernsthaft gestellt und diskutiert: Wenn es stimmt, dass der Euro mehr schadet als nutzt, ist es dann nicht besser, ihn abzuwickeln? Sollte Deutschland austreten? Und, wenn ja, wäre der Dexit überhaupt machbar? Wer wären die Gewinner? Wer die Verlierer?

Höchste Zeit, das Tabu zu brechen und die Debatte über den Dexit vorurteilsfrei und schonungslos zu führen

In seinem [neuen Buch](#) widerlegt Bruno Bandulet die Legende vom Euro-Profiteur Deutschland. Er beschreibt das ominöse Target-System. Er schildert den schon weit fortgeschrittenen Marsch in die Transferunion und in die große europäische Umverteilung. Er rechnet ab mit Mario Draghi und Angela Merkel.

Er erklärt, warum Deutschland Exportweltmeister ist und eurobedingt nichts davon hat. Und er begründet Punkt für Punkt, warum im Dexit der Ausweg aus der europäischen Sackgasse liegt. Die bessere Alternative: die Neue Deutsche Mark (NDM).

»Bruno Bandulet ist ausgewiesener Kenner des Geldwesens, zumal des Euros. Sein Stil ist exzellent, leicht, flüssig, leserfreundlich. Dexit ist Pflichtlektüre für Bürger und Investoren, für alle, die mitreden wollen.« Prof. Karl Albrecht Schachtschneider

»Bruno Bandulet zeigt in seinem spannenden Euro-Krimi einen plausiblen Ausweg: den Austritt Deutschlands aus der EWU, möglicherweise über eine Parallelwährung.« Prof. Thomas Mayer

»Bruno Bandulets Überlegungen und Argumente für einen >Dexit< sind eine große Bereicherung für alle, die konstruktiv darüber nachdenken wollen, wie es mit der Geldordnung in Europa weitergehen soll. Lassen Sie sich Bandulets neues Buch nicht entgehen.« Prof. Thorsten Polleit

»Wer Bandulets Buch liest, dem müssen die Augen aufgehen. Ja, so war es und so ist es. Wer wissen will, was in der Währungsunion los ist und warum sie von Krise zu Krise stolpert, muss Bandulets Buch lesen.« Prof. Joachim Starbatty ([Brexit: Britischer Außenminister vergleicht EU-Club mit UdSSR-Gefängnis](#))

»Der Euro wird kommen, aber er wird keinen Bestand haben.« Der legendäre US-Notenbankchef Alan Greenspan am 2. Mai 1997

### **Fake News des Jahres: Der Euro ist gerettet**

Im Frühjahr 2018 lag trügerische Ruhe über dem Euroraum, einem disparaten Club von neunzehn Nationen, der sich von der arktischen Tundra Finnlands bis zu den Weinbergen Siziliens erstreckte, von der deutsch-polnischen Grenze an der Oder bis zum Cabo de São Vicente am südlichen Ende Portugals.

8 Jahre nach Ausbruch der Euro-Krise, die den Kontinent erschütterte, und fast 2 Jahrzehnte nach der Einführung des Euros als Buchgeld am 1. Januar 1999 sah es so aus, als sei das Schlimmste überstanden, als habe sich Alan Greenspan gründlich geirrt.

Aus seinem Luxemburger Büro, wo er die Rettungsmilliarden verwaltet, verkündete der geschäftsführende Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), Klaus Regling: »Der Euro ist gerettet.« Und die früher einmal sehr eurokritische, längst aber sehr europhile Süddeutsche Zeitung meldete am 24. Februar 2018: »Für den Aufstieg aus der Asche gibt es handfeste Gründe. Die Euro-Krise mit ihren Sparprogrammen ist verblasst. Fast allen Krisenstaaten geht es wieder gut.«

Tatsächlich wurde 2018 für Euroland insgesamt mit einem vorzeigbaren Wirtschaftswachstum von 2 Prozent gerechnet – für Frankreich 0,2 Prozent weniger, für Italien noch weniger, für Spanien aber mit 2,8 Prozent. Deutschland würde, so die Prognose, mit 2 Prozent wie der Durchschnitt abschneiden, ebenso die Krisenländer Griechenland und Portugal.

Und in Frankreich, einem anderen langjährigen Problemland, versuchte der neue Präsident Emmanuel Macron grundlegende Reformen auf den Weg zu bringen, um endlich zu Deutschland aufzuschließen. Nicht nur das, Frankreich hatte es 2017 erstmals seit Langem geschafft, das Haushaltsdefizit unter die im Maastricht-Vertrag geforderte Obergrenze von 3 Prozent zu drücken.

Leider hatte die Süddeutsche Zeitung, als sie ihr Loblied anstimmte, ein paar wesentliche Tatsachen übersehen. Weder in Italien noch in Griechenland hatte die Industrieproduktion den Stand von 2007 auch nur annähernd wieder erreicht. Innerhalb von nur 10 Jahren hatte Griechenland 45 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes und damit seiner Wirtschaftsleistung eingebüßt!

In ganz Südeuropa lag die Arbeitslosigkeit immer noch erschreckend hoch: in Griechenland bei 21 Prozent, in Spanien etwas über 16 Prozent, in Italien bei knapp 11 Prozent und in Frankreich bei knapp 9 Prozent. Deutschland okkupierte in der Eurozone den besten Platz mit 3,5 Prozent.

Dass die Wirtschaft in der Eurozone überhaupt wieder zulegen konnte, war der Nullzinspolitik und der Geldschwemme der Europäischen Zentralbank (EZB) zu verdanken – Aufputzmittel, die nicht permanent verabreicht werden können, deren Risiken verschwiegen werden und deren Nebenwirkungen bereits sichtbar sind. Während die Schulden – mit Ausnahme des Hochsteuerlandes Deutschland – fast überall weiter wuchsen, hatte die EZB nur Zeit gekauft.

Zeit, die nicht genutzt wurde. Weil die EZB die Zinsen so lange künstlich niedrig hielt und den Leitzins sogar auf null senkte, haben die Euro-Staaten beim Schuldendienst eine runde Billion Euro eingespart. Sie haben diesen Vorteil nur nicht genutzt. 8 Jahre nach Ausbruch der Euro-Krise betrug die italienische Staatsschuld mit gut 130 Prozent der Wirtschaftsleistung immer noch mehr als das Doppelte des erlaubten Volumens.

Frankreich erreichte 2018 beinahe die Marke von 100 Prozent. Und der griechische Staat war Ende 2017 mit 326 Milliarden Euro verschuldet und damit um 46 Milliarden höher als nach dem Schuldenschnitt von 2012 – ein hoffnungsloser Fall ([„EU-Eliten“ wollen Gipfeltreffen unter Ausschluss der Öffentlichkeit – Intervention gegen Ungarn gefordert \(Video\)](#)).

## **Zombie-Banken, Zombie-Staaten, Zombie- Unternehmen: Die lebenden Toten der Eurozone**

Genauso schlimm: Die Banken in Südeuropa wurden auch nicht saniert. 2017 waren unglaubliche 47 Prozent der Kredite, die die griechischen Geschäftsbanken ausgegeben hatten, notleidend. In Zypern waren es 34 Prozent, in Portugal 18 Prozent, in Italien 12 Prozent – in Deutschland aber nur 2 Prozent. Kein Wunder also, dass schon 2017 und noch massiver 2018 von der EU-Kommission, von Frankreich und den Südländern verlangt wurde, dass deutsche Sparer künftig für den Rest der Eurozone mithaften.

Dabei ist nicht einmal sicher, ob diese Angaben über sogenannte Non-performing Loans (NPLs), auch bekannt als notleidende Kredite, überhaupt zuverlässig sind. Definitionsgemäß handelt es sich um Kredite, auf die 90 Tage lang keine Zinsen gezahlt wurden oder die mit der Rückzahlung in Verzug waren.

Solche faulen Kredite können versteckt werden, indem die Banken sie verlängern und gutes Geld schlechtem hinterherwerfen. Die EZB selbst kann kein gesteigertes Interesse daran haben, all- zu strenge Maßstäbe anzulegen. Mit der Übertragung der Bankenaufsicht an die EZB hat man den Bock zum Gärtner gemacht. Außerdem: Es mag ja sein, dass die Zeitbombe der faulen Kredite langsamer tickt, solange sich die Wirtschaft erholt. In der nächsten Rezession wird sie dafür umso schneller ablaufen.

Was für die Banken gilt, trifft auch auf Unternehmen besonders in den Krisenländern zu – zum einen, weil das billige Geld zu viele marode Firmen über Wasser hält, die besser vom Markt verschwinden sollten, und zum anderen, weil die Tiefzinsen unrentable Investitionen nicht nur ermöglichen, sondern geradezu einen Anreiz dafür schaffen.

Der Leipziger Wirtschaftsprofessor Gunther Schnabl sieht die Eurozone bevölkert von »lebendigen Toten«: »Die Europäische Zentralbank ist von lauter ›Zombies‹ aus Privatwirtschaft und Finanzindustrie umzingelt, die sie selbst am Leben gehalten hat. Steigen die Zinsen, finden die Zombies zwar ihre Ruhe – für Gesellschaft und Politik dürfe aber das Gegenteil gelten.« Mit »Ruhe finden« meint er, dass sie dann wirklich tot sind.

Schnabl nennt die EZB »eine Gefangene der Zombie-Unternehmen, Zombie-Banken und Zombie-Staaten, die sie selbst geschaffen hat«. Damit näherten sich die marktwirtschaftlichen Systeme in Westeuropa den Zuständen an, die in den früheren osteuropäischen Planwirtschaften geherrscht hätten.

Weil in den sozialistischen Staaten Bankrotte der staatseigenen Betriebe nicht erwünscht waren, gewährten die Staatsbanken bedingungslose Kredite. »Das Ergebnis war eine trügerische Stabilität: Zwar gab es keine Bankrotte, keine Arbeitslosigkeit und keine Krisen, aber aufgrund des fehlenden Wettbewerbs war die Innovationsfähigkeit der Planwirtschaften gering ... Wachsende wirtschaftliche Instabilität bewirkte schließlich den Kollaps.«

Ein vergleichbarer finaler Kollaps steht der Eurozone nicht oder noch nicht bevor, aber die Feststellung ist nicht übertrieben, dass der Euro in Südeuropa immense Schäden angerichtet hat. Auch in Deutschland unterwühlt er die gesellschaftlichen Fundamente. Dass die Produktivität selbst hierzulande kaum noch steigt, dass ein Teil der jungen Generation unter prekären Arbeitsverhältnissen leidet, dass sich der Billiglohnsektor im Vergleich zu D-Mark-Zeiten stark ausgeweitet hat, dass sich Lebensversicherungen nicht mehr rentieren, dass sich Sparen nicht mehr lohnt und die Absicherung für das Alter kaum noch zu leisten ist – das alles hat durchaus mit dem Euro zu tun. Mit der D-Mark wären die Deutschen heute wohlhabender und die Wirtschaft wäre im Kern gesünder.

Für eine falsche Geldpolitik muss eben immer auch ein gesellschaftlicher Preis gezahlt werden. Weil Nullzinsen und die durch den billionenschweren Ankauf von Staatsanleihen produzierte Geldflut die wirtschaftliche Basis der gewohnten Umverteilung zerstören, worauf auch Professor Schnabl hinweist, reagiert die Politik mit sozialstaatlichen Ausgabeprogrammen, die aber den dringend notwendigen Steuersenkungen im Wege stehen, siehe den Koalitionsvertrag und die Praxis der vierten Regierung Merkel ([Chaotische Gründung: EU-Gründerväter unterzeichneten 1957 in Rom leeren Vertrag](#)).

## **Negativzinsen und geschönte Inflation: Die schleichende Enteignung**

Vermutlich sind sich die meisten Sparer dessen nicht bewusst, aber sie werden längst schon zum höheren Zweck der Euro-Rettung zur Ader gelassen. Sie werden Jahr für Jahr schleichend enteignet, weil die Zinsen auf Tages- und Festgeld weit unter der Inflationsrate liegen und obendrein auch noch besteuert werden.

Nach einer Berechnung der Commerzbank-Tochter Comdirect lag der Realzins (das heißt der Zins auf Spareinlagen nach Abzug der Inflation) im ersten Quartal 2018 bei minus 1,31 Prozent. Da die deutschen Sparer 2,2 Billionen Euro auf Geldkonten geparkt hatten, verloren sie in den ersten 3 Monaten des Jahres 7,16 Milliarden Euro. Seit 2010 hat jeder Deutsche im Durchschnitt 999 Euro verloren – wegen der negativen Realzinsen. Bei einer vierköpfigen Familie waren das fast 4000 Euro. Im zweiten Quartal beschleunigte sich die Inflation. Im Juni 2018 stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland um 2,2 Prozent und im Durchschnitt der Eurozone um 2 Prozent.

Und dies ist nur ein Teil der Verluste. In Wirklichkeit büßten die Sparer weitaus mehr ein, und zwar nur deswegen, weil der Euro gerettet werden musste. Würde Mario Draghi die Zinsen nicht künstlich tief halten, um den italienischen Schuldendienst zu entlasten, dann könnten die Anleger in Deutschland einen natürlichen Marktzins von etwa 3 Prozent vereinnahmen.

Als die Direktbank ING-Diba unmittelbar nach Ostern 2018 den Tagesgeldzins um 90 Prozent senkte, nämlich von 0,1 auf 0,01 Prozent per annum, lag die deutsche Inflationsrate bei 1,6 Prozent. Rechnen wir nach: Für eine Einlage von 10 000 Euro bekam der Kunde 1 Euro Zinsen abzüglich Abgeltungsteuer – und er verlor auf das Jahr gerechnet 160 Euro an Kaufkraft. 2008, zum Beginn der Finanzkrise, auf die die Euro-Krise folgte, wurden für Tagesgeld durchschnittlich noch über 3 Prozent gezahlt.

Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass die für die Eurozone ermittelte Inflation von Anfang an geschönt war – einmal abgesehen davon, dass der zugrunde liegende Warenkorb immer willkürlich sein muss. Beziehener niedriger Einkommen und Rentner sind ohnehin mit einer höheren Geldentwertung konfrontiert, weil ihr Warenkorb vom Durchschnitt abweicht.

Dazu kommt, dass wegen der »hedonischen« Berechnungsmethode von den Statistikern Preissenkungen unterstellt werden, die es in Wirklichkeit nie gegeben hat. Begründet wird dies damit, dass sich die Qualität der Produkte angeblich verbessert hat. Umgekehrt wird die rückläufige Lebensdauer vieler Gebrauchsgüter, auch wegen eingebauter Obsoleszenzen, nicht berücksichtigt. Die aber kostet auch Kaufkraft und treibt die Geldentwertung voran.

Auszug aus dem Buch "[Dexit: Warum der Ausstieg Deutschlands aus dem Euro zwar schwierig, aber dennoch machbar und notwendig ist](#)".

Mit ganz unüblicher Brutalität beschrieb es ein Brüsseler Kommissar einmal so: »Wenn Deutschland nicht mehr zahlt, dann platzt der Laden.« ([Gestern noch Verschwörungstheorie – heute schon Mainstream: Europäische Union schon immer CIA-Projekt \(Videos\)](#)).

Noch näher am Thema dieses Buches ist die Einschätzung des eminenten britischen Historikers Niall Ferguson:

»Wenn man sich die europäische Integration als ein einvernehmliches System von Kriegsreparationen vorstellt, so entsprechen die Leistungen Deutschlands etwa denen, die ihm nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Versailler Vertrag aufgebürdet wurden.« ([JP Morgan kennt den Zeitpunkt des nächsten Finanz-Crashes](#)).

*Über den Autor: Dr. phil. Bruno Bandulet promovierte über Adenauers Außenpolitik, arbeitete in der CSU-Landesleitung als Referent für Deutschland- und Ostpolitik, war Autor von Zeitbühne und Transatlantik, Chef vom Dienst der Tageszeitung Die Welt und Mitglied der Chefredaktion der Illustrierten Quick.*

*2017 wurde ihm der Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis für seine »herausragende Leistung im Dienste einer unabhängigen Publizistik in Deutschland« verliehen. Zuletzt erschien von ihm im Kopp Verlag in 3. Auflage 2018 [Beuteland – Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945](#). Seine weiteren Titel lauten [Als Deutschland noch Großmacht war](#), [Vom Goldstandard zum Euro](#) sowie [Das geheime Wissen der Goldanleger](#).*